

Die „Freiheit“ erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“ — „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Bericht“. Der Bezugspreis beträgt bei teurer Zustellung ins Haus monatlich 21.— M. für den Monat Januar, im voraus zahlbar. Für Vorkosten nehmen sämtliche Vertriebsstellen entgegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Dänemark 25.— M., für das übrige Ausland 27.— M.

Die zehngespaltene Monoparagraphelle oder deren Raum kostet 5.— M. einschließlich Anfertigung. Kleine Anzeigen: Das gesetzlich vorgeschriebene Wort 2.50 M., jedes weitere Wort 1.75 M. einschließlich Anfertigung. Laufende Anzeigen laut Tarif Familien-Anzeigen und Gebrauchs-Beilagen 4.00 M. netto pro Zeile. Gebrauchs-Beilagen in Wort-Anzeigen: das gesetzlich vorgeschriebene Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1.50 M.

Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

# Freiheit

## Berliner Organ

### Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Kritische Tage für die Entente

### Pessimismus in England

London, 6. Januar.

In einem „Kritische Tage für die Entente“ überschriebenen Leitartikel sagt „Daily Chronicle“, die Entente werde einem neuen Misserfolg kaum lauthalten können. Aus der gegenwärtigen Konferenz müsse etwas Besseres hervorgehen, wenn sie nicht in sehr engem Sinne die letzte ihrer Art werden solle. Die Ereignisse in Washington hätten den Engländern die Klust vor Augen geführt, die zwischen dem französischen Militarismus und den Idealen der englisch sprechenden Welt bestünde. Großbritannien trete für ein friedliches Europa, für Versöhnung, für Abklärung und für wirtschaftlichen Wiederaufbau unter Teilnahme aller Nationen ein. Die entgegengesetzte Politik, 60 Millionen Deutsche in chronischer Armut und Sklaverei zu erhalten, Reparationsgelder für Wettrüsten auszugeben und eine russische Verdüsterung von 100 Millionen Menschen zu boykottieren, sei mit der englischen Politik völlig unvereinbar. England könne die Sicherheit der französischen Grenze nicht garantieren, wenn Frankreich seine aggressive Politik in ganz Europa und im nahen Osten fortsetze. England werde keine finanziellen Opfer bringen, wenn Frankreich den Betrag für die Vermeerung seines Heeres von schwarzen Truppen und seiner U-Boot-Flotte verwende.

### Vor dem Beginn der Konferenz

Cannes, 6. Januar. (M.B.)

Die erste Vollversammlung der Konferenz wird heute im Schiffahrtsklub unter dem Vorsitz Briands tagen. Sie wird einer Prüfung des Problems des wirtschaftlichen und finanziellen Wiederaufbaus Europas gewidmet sein. Jede Delegation wird ihre Ansicht darlegen. Die Frage der Reparationen wird nicht berührt, da die Vorträge der Sachverständigen nicht weit genug vorgeschritten sind. Es ist wahrscheinlich, daß die Vollversammlung den französischen, englischen, italienischen und belgischen Ministern, welche schon offiziell eine Prüfung begonnen haben, offiziell den Auftrag geben wird, diese Prüfung fortzusetzen. Es heißt allgemein, daß sie diese bis Samstag beenden werden.

### In Erwartung der Rede Lloyd Georges

Paris, 6. Januar.

Wie der Sonderberichterstatter des „Petit Parisien“ aus Cannes meldet, wird von englischer Seite bestätigt, daß Lloyd George die Frage des europäischen wirtschaftlichen Gleichgewichts aufzuweisen und heute in einer im voraus festgelegten Rede ein offenes und vollständiges Exposé über seine gesamte europäische Politik geben werde. Nach den Meldungen der Sonderberichterstatter der Pariser Presse aus Cannes war der gestrige Tag vollkommen damit ausgefüllt, die Frage der belgischen Priorität zu behandeln. Nach „Echo de Paris“ hat sich Italien nach einigem Schwanken dem in London zwischen Lloyd George und Briand vereinbarten Zahlungsplan für die Jahre 1922, 1923 und 1924 angeschlossen. Die Vertreter Belgiens seien also von gestern ab isoliert gewesen. Der Sonderberichterstatter des „Matin“ hält es für sicher, daß angesichts der sehr bestimmten Haltung Belgiens der in London aufgestellte neue Reparationsplan sich nicht werde aufrecht erhalten lassen.

### Die Grundbedingung für die Regelung der Reparationsfrage

Cannes, 6. Januar.

Nach einer Havasmeldung beriet Briand gestern vormittag mit Tazpar und Theunis in der Frage der Reparationen und stattete Hayashi und dem Baron Tshiji, den Delegierten Japans, einen Besuch ab. Er unterließ sich nachmittags längere Zeit mit Lloyd George. Die beiden Ministerpräsidenten verständigten sich über die Bedingungen, unter denen sich der Oberste Rat heute mit der Einberufung der Wirtschaftskonferenz beschäftigen wird. Sie haben ein Programm aufgestellt, das Fragen politischen Inhalts streng ausschließt. Die Arbeit der Konferenz soll ausschließlich wirtschaftlich und finanziell sein. Sie wird besonders Mittel und Wege suchen müssen, die Wechselkurse zu verbessern, eine Wiederaufnahme des Warenaustausches in die Wege zu leiten, also mit einem Wort, dem Weltmarkt größere Tätigkeit und Regelmäßigkeit zu sichern. Es ist wahrscheinlich, daß Deutschland und Rußland zu dieser Konferenz geladen werden.

Die Grundfrage der gestrigen unverbindlichen Vorbesprechungen zwischen den Delegierten war der Vorschlag Lloyd Georges, daß Deutschland nach britischer Ansicht nicht in der Lage ist, die Beiträge am 15. 1. und 15. Februar voll zu begleichen, so würde von ihm im Laufe des Jahres 1922 nur eine Gesamtsumme von 500 Millionen, zahlbar in monatlichen Raten von 125 Millionen von jetzt ab bis 15. April verlangt werden. Die Hälfte dieses Betrages würde an Belgien fallen, das ein Vorkredit auf 2 Milliarden Goldmark hat. England würde seinerseits auf nahezu den ganzen

Betrag von 500 Millionen Goldmark verzichten, die ihm zustehen, und würde nur 60 bis 80 Millionen erhalten. Italien, das 180 Millionen erhalten sollte, würde ebenfalls ein bedeutendes Opfer bringen müssen. Der englische Ministerpräsident hat dessen besondere Lage anerkannt.

Das Abkommen Voucher-Kathenau würde von England angenommen und sofort für die erste Periode von drei Jahren in Kraft treten, während Frankreich von Deutschland Sachlieferungen in einem Werte von mehr als 1250 Millionen Goldmark für 1922 und 1500 Millionen für 1923 und 1824 verlangen könnte. Das Finanzabkommen vom 30. August würde zu Frankreichs Gunsten geändert, besonders in der Abschätzung der Saargruben, deren Wert erst später durch die Reparationskommission in Rechnung gestellt würde. Das britische Projekt würde sich besonders auf die Zahlungen im Jahre 1922 beziehen. Es umfasse gleichzeitig ein System von Garantien zur Ordnung der deutschen Finanzen, denn das sei die Grundbedingung für jede Regelung der Reparationsfrage. Das Garantiesystem schließe insbesondere ein: Eine Kontrolle der Reichsbank, die Erhöhung der Post-, Telegraphen- und Eisenbahntarife, die Besteuerung der deutschen Kohle, damit sie zum Weltmarktpreis verkauft werde, die Einschränkung des Papiergeldumsatzes, die Zurückzahlung aller Devisen, die sich Deutschland durch keine Ausfuhr beschaffe, nach Deutschland und ihre Verwendung für die Reparationen. Die Verwirklichung von Lloyd Georges Entwurf hänge ausschließlich von der Zustimmung Belgiens ab, dessen Vertreter der Verringerung wenig Reizung entgegenbrachten. Frankreich habe sich unter der Voraussetzung der Zustimmung Belgiens dem Vorschlage angeschlossen.

### Der Zusammenbruch Deutschlands eine Katastrophe für die Zivilisation

London, 6. Januar.

Die bisherigen Berichte der englischen Presse aus Cannes lauten keineswegs sehr zuversichtlich. Der Sonderberichterstatter des „Daily Chronicle“ schreibt, Briand habe keine alte Forderung nach einer militärischen Allianz wiederholt. Die Stellung Englands sei die traditionelle: keinerlei Exklusivbündnis, dafür aber volle Garantie gegen einen Angriff. Es gehe wie in London um ein Exklusivbündnis oder um einen Dreiländervertrag, der beherzigt würde von dem Gedanken europäischer Einheit auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet. Die Schwierigkeit Englands liege darin, daß es aus Furcht vor den politischen Folgen nicht riskieren könne, auf Deutschland so zu drücken, wie Deutschland es verdiene. Der Zusammenbruch Deutschlands würde eine Katastrophe für die Zivilisation bedeuten.

### Rückkehr Rathenaus nach Berlin

Nach einer Meldung aus Paris hat Dr. Rathenau erklärt, daß er Freitagabend nach Berlin abreise. Die „Chicago Tribune“ teilt mit, daß Mittwochabend der Bericht Dr. Rathenaus auf die Reise nach Cannes wie eine politische Sensation gewirkt habe. Dr. Rathenau war am Dienstagabend der Ehrengast des amerikanischen Vertreters bei der Reparationskommission, Bonden. Unter ihm waren noch ein Mitglied der amerikanischen Botschaft und der frühere Senator Lewis zugegen, mit denen Rathenau über wirtschaftliche Angelegenheiten sprach, die Deutschland und Amerika in gleicher Weise interessieren.

### Die österreichische Finanzkatastrophe

(Antel.) Wien, 6. Januar.

In einer gestern im Ministerium für Volksernährung stattgehabten Konferenz wurde beschlossen, den Preis des Brotes auf 216 Kronen pro Laib festzusetzen. Das Allogramm Roggenmehl kostet 500 Kronen. Gleichzeitig wird bekanntgegeben, daß in der nächsten Sitzung des Wiener Gemeinderates die Erhöhung des Straßenbahntarifes um 100 Prozent, d. i. von 30 auf 60 Kronen beschlossen werden wird.

Der Bundesminister für Finanzen Dr. Dürer wird sich in der ersten Januarhälfte nach Prag begeben, um entsprechend den in Lona geführten Verhandlungen über den Kredit von 500 Millionen tschechischen Kronen Beratungen zu pflegen.

### Krassin über Europas Wiederaufbau

London, 5. Januar.

Krassin erklärte in einer Unterredung mit einem Vertreter der „Times“, jeder Plan für die wirtschaftliche Wiederverteuerung Europas müsse auf eine viel breitere Grundlage gestellt werden, als sie gegenwärtig von den Geschäftsleuten angenommen werde. Ein Kapital von 20 Millionen Pfund wäre völlig ungenügend, um den Anforderungen Rußlands zu entsprechen. Die gesamte Kreditfrage, vom russischen Standpunkt aus gesehen, müsse auf eine internationale Grundlage gebracht werden. Die Anforderungen Rußlands seien zu groß, als daß ihnen durch internationale private Gruppe entsprochen werden könnte. Das erste und Dringende, was Rußland brauche, sei eine sofortige Hilfe zur Wiederherstellung seiner Landwirtschaft. Rußland müsse an das Wirtschaftsleben der Welt angeschlossen werden.

## Das Verbrechen

In der letzten Nummer des Mitteilungsblattes der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft finden wir einige bemerkenswerte Tatsachen über die Erfolge, die die Spaltung der U. S. P. D. für die revolutionäre Arbeiterbewegung gezeitigt hat. Auf der letzten Seite, in kleiner Schrift gedruckt, steht ein Bericht aus dem Agitationsbezirk Rheinland-Westfalen, der besser als ein ganzes Hundert guter Leitartikel sagt, welches Verbrechen die Spaltung der U. S. P. D. war. Der genannte Bezirk war bis zum Märzputz „einer der stärksten Aktioposten der Kommunistischen Partei“. Wie liegen die Verhältnisse heute? Lassen wir die Tatsachen sprechen:

In den Unterbezirken Krefeld und München-Gladbach gab es bis zur Spaltung keine kommunistische Partei. Die U. S. P. hatte aber überall Organisationen, die zwar zahlenmäßig ziemlich schwach waren, sich jedoch in einer steten Aufwärtsentwicklung befanden. Als die Spaltung kam, gingen die beiden Bezirke geschlossen zur K. P. D. über. Es wurden sofort zwei Parteisekretäre zur Bearbeitung dieses Gebietes eingesetzt, trotzdem nahmen die Organisationen nicht zu, sondern ab, einen Einfluß auf die Arbeitermassen haben die Kommunisten in den Bezirken Krefeld und München-Gladbach heute nicht mehr. Von den Partolen nimmt kein Mensch Notiz und während früher die U. S. P. ungeachtet ihrer zahlenmäßigen Schwäche den Einfluß der K. P. D. ständig zurückdrängen konnte, hat seit der Spaltung der Einfluß der Rechtssozialisten auf die Arbeiterbewegung wieder die Oberhand gewonnen. Alle guten und zuverlässigen Funktionäre haben sich vom Parteileben unbefriedigt zurückgezogen.

Aus Düsseldorf wird berichtet, daß dort die U. S. P. vor der Spaltung 22 000 Mitglieder zählte und daß nach der Spaltung 10 000 Mitglieder zur K. P. D. übergeschwenkt sind. Heute zählt die Düsseldorfer kommunistische Organisation laut Abrechnung auf dem letzten Bezirksparteitag nur noch 3000 Mitglieder. Die ärgsten und unächtesten Schreier haben dem Bericht zufolge in Düsseldorf die Oberhand gewonnen, es herrscht „ein Geist der Unduldsamkeit, eine Atmosphäre gekränkter, kleinlicher persönlicher Streitigkeiten, die das gesamte Parteileben vergiften. Ein gewaltiger Teil jener Funktionäre, die das Gerippe einer Partei bilden, einfache Proleten, die mit ungeheurem Opfermut und Fleiß, ohne irgendwelchen Anspruch als die persönliche Befriedigung, die tägliche Kleinarbeit verrichten, sind indifferent geworden, stellen sich teilnahmslos beiseite, oder sind wieder zur U. S. P. zurückgegangen.“ So heißt es wörtlich in dem Bericht.

Noch schlimmer ist es in Solingen geworden. Dort verfiel die U. S. P. vor der Spaltung über einen großen Mitgliederbestand. Sie war die ausschlaggebende Partei geworden, die Rechtssozialisten waren vollständig erledigt, die Kommunisten ein kleines Häuflein bedeutungsloser Schreier. Nach der Spaltung ging die gesamte Organisation in Stärke von etwa 13 000 Mitgliedern zur K. P. D. über. Heute ist die K. P. D. im Solinger Bezirk nur noch etwa 5000 Mitglieder stark, der übrige Teil ist indifferent geworden. Ähnlich liegen die Verhältnisse in Remscheid.

Aus Eibersfeld-Barmen wird berichtet, daß dort vor der Spaltung die U. S. P. D. entscheidenden Einfluß auf die Arbeiterbewegung ausübte. „Seit dem Märzputz merkt man in Eibersfeld-Barmen kaum noch etwas von der Existenz einer kommunistischen Partei.“ Die U. S. P. D. ist wieder maßgebend geworden, die zur K. P. D. übergetretenen Mitglieder der U. S. P. D. haben sich abseits gestellt und das große Heer der Indifferenten vergrößert.

Das sind die Ergebnisse der Spaltung in einem Bezirk, der ehemals eine Hochburg der revolutionären Bewegung war. Ähnlich liegen die Verhältnisse im Bezirk Halle. In Schlesien, wo durch die Spaltung die U. S. P. D. ebenfalls so gut wie zertreten wurde, kann heute von einer kommunistischen Partei nicht mehr geredet werden. Die K. P. D. hat in ganz Schlesien nur 1500 Mitglieder. In Breslau, der schlesischen Hauptstadt mit 600 000 Einwohnern, zählt die K. P. D. ganze 400 Anhänger. Die Reste der kommunistischen Organisation in Schlesien können vor dem Verfall nur dadurch geschützt werden, daß die Zentrale dauernd große Zuschüsse leistet. Interessant ist der prophetaische Ausklang, mit dem der Bericht schließt. Es heißt da:

„Die Zentrale sitzt in einem morschen, halb zertrümmerten Bau, der nur durch wenige schadhafte Säulen gehalten wird. Kommt ein frischer Aufzug, kürzt die ganze Herrlichkeit zusammen. Eine Partei, in der die Meinungsfreiheit durch wüste Pogromhe, durch brutale Mahnung der Opponenten geknebelt wird, hat nicht die Möglichkeit, zu einem maßgebenden Faktor in der revolutionären Bewegung zu werden. Die tidige Luft einer preußischen Polizeistube, die Maximen eines Militär-Kantens können eben nicht in der Arbeiterbewegung — am wenigsten in der deutschen — erfolgversprechend sein. Die Arbeiterbewegung kann nur im freien sachlichen Meinungsaustausch gedeihen. Der Kampf der Geheer kann nicht unterbunden werden... Krampfhaft schreit man: „Die Partei steht unerschütterlich!“ Jawohl, indem eine andere Meinung nicht zum Ausdruck kommen darf. Und indem diejenigen, die trotzdem wagen, wider den Stachel zu läden, an die Wand gequetscht werden.“

Das Ganze könnten aus einem der Artikel entnommen ein, die vor der Spaltung an dieser Stelle erschienen sind zur Abwehr der Moskauer Thesen und Richtlinien, die damals der revolutionären Arbeiterbewegung aufgetragen werden sollten und gegen die wir uns mit allen Mitteln gewendet haben, weil wir wußten, daß eine Organisation, nach Moskauer Grundsätzen geleitet, zwangsläufig jene Ergebnisse zeitigen müßte, die jetzt von der kommunistischen Arbeitsgemeinschaft so tief beklagt werden. Der Schaden, der durch die Spaltung der U. S. V. D. der deutschen sozialistischen Bewegung zugefügt worden ist, ist so leicht nicht wieder gut zu machen, und genau so wie in Deutschland liegen die Verhältnisse in der ganzen Internationale. Die Moskauer Spaltungsmethoden, die angewendet worden sind, um angeblich die Revolution zu beschleunigen, haben auf der einen Seite den blutigeren Reformismus gestärkt, auf der anderen Seite breite revolutionäre Schichten ins indifferente Lager gestossen und die sozialistische Werbekraft im allgemeinen geschwächt. Sie haben die gesamte sozialistische Bewegung kompromittiert und der Reaktion in den Sattel geholfen. Die Kommunisten aber, die dabei etwas gewinnen wollten, sind zu einem Häuflein sich gegenseitig begeißelnder Schreier geworden.

Aus diesem Elend kann es nur einen Weg geben, der zur Gesundung führt, — den Weg der Einigung des gesamten Proletariats.

### Eine widerliche Heuchelei

Das Exekutivkomitee der Moskauer Internationale teilt in einem Aufruf, der in der heutigen „Roten Fahne“ in enger Schrift mehr als drei Spalten einnimmt, mit, daß sie für den 19. Februar eine erweiterte Sitzung einberufen habe. Wir erfahren weiter, daß sich die Exekutive der kommunistischen Internationale und der Roten Gewerkschaftsinternationale in drei Sitzungen mit der Weltlage, mit der Lage des internationalen Proletariats befaßt und zur Ueberzeugung gekommen sei, daß diese Lage die Zusammenfassung aller Kräfte des internationalen Proletariats erfordert, die Aufstellung einer einheitlichen Front aller sich auf das Proletariat stützenden Parteien, ohne Rücksicht auf die sie trennenden Meinungen, wenn sie nur gemeinsam kämpfen wollen für die nächsten unaufschiebbaren Bedürfnisse des Proletariats. Alle Arbeiter sollen sich in eine Reihe stellen, „ob Kommunist, ob Sozialdemokrat, ob Anarchist, ob Syndikalist“, und die Schranken zwischen sich niederreißen.

Dieser Aufruf stellt das widerlichste an Heuchelei dar, das je vor die Arbeiterschaft gebracht worden ist. Dieselben Leute, die seit Jahren keine andere Aufgabe kennen, als das Proletariat zu spalten, seine Reihen auseinanderzureißen, die immer wieder betont haben, daß sie mit den „Sozialverrätern“, mit den „Lakaien der Bourgeoisie“ und wie alle die Schimpfnamen lauten, nichts zu tun haben wollen, diese Leute stellen sich jetzt auf den Markt und schreien die Einheitsfront des Proletariats aus. Die Arbeiterschaft kennt kein heißeres Streben als die Wiederherstellung der Einigung. Aber sie weiß, daß sich die Einigung nicht unter der Führung der bisherigen Zerführer der Arbeiterbewegung vollziehen wird, sondern im Kampfe der ganzen Arbeiterklasse um gemeinsame Ziele, nicht im gegenseitigen Beschimpfen und Herunterreißen, sondern auf der Grundlage des Vertrauens und wirklicher sozialistischer Arbeit.

### Was kostet der Reichstag?

Die Kosten des Reichsparlaments sind recht beträchtlich. Der Reichstag kostete im Frieden ungefähr 3 Millionen Mark jährlich. Jetzt befreit sich diese Summe auf fast das Zehnfache, nämlich rund 29 Millionen Mark im Jahr oder 80 000 Mark täglich. Trotz dieser großen Summe arbeitet der Reichstag der Republik im Verhältnis wesentlich billiger als der Reichstag im wilhelminischen Deutschland. Die Zahl der Abgeordneten hat sich um ein Fünftel vermehrt, und außerdem sind die Preise für alle Aufwendungen um das 15- bis 20fache gegenüber dem Frieden...

denstande gestiegen. Die Summe von 29 Millionen Mark im Jahre legt sich folgendermaßen zusammen:  
Aufwandsentschädigungen an Abgeordnete 8 1/2 Mill. Mark. Entschädigung an die Eisenbahnen für die Freifahrten der Abgeordneten über 6 1/2 Mill. Mark. Reichstagspräsident und Präsidialgebäude mit Zubehör 120 000 Mark. Bibliothek des Reichstags 475 000 Mark. Reichstagsdruckerei 4 Mill. Mark. Wirtschaftsbetrieb (Restaurant) 650 000 Mark. Entschädigung an Post und Telegraphie 275 000 Mark. Dienstgrundstück und Diensträume fast 1 1/2 Mill. Mark. Beamtenbezahlung einschließlich Hilfskräfte, über 6 Mill. Mark. Der Rest verteilt sich auf kleinere Posten.

### Die Ausfuhrabgabe

#### Beratung im Reichswirtschaftsrat

Der wirtschaftspolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats beschäftigte sich, wie den B. V. N. mitgeteilt wird, in seiner Sitzung am 4. Januar mit dem Gesetzentwurf über die Erhebung einer Abgabe bei der Ausfuhr von Waren. Der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums führte zur Begründung aus, daß der Entwurf beabsichtige, die Erhebung einer Ausfuhrabgabe von der Ausfuhrkontrolle zu trennen und ihr eine eigene gesetzliche Grundlage zu geben. Bisher konnte die Ausfuhrabgabe, gemäß § 6 der Verordnung über die Ausfuhrkontrollen vom 20. Dezember 1919 nur erhoben werden, wenn eine Ware unter Kontrolle gestellt war. Diese Verbindung mit der Ausfuhrkontrolle hat eine Reihe von Schwierigkeiten und besonders die Unbilligkeit zur Folge, die in einer unterschiedlichen Behandlung der ausfuhrverbotenen und ausfuhrfreien Waren liegt. Es bedeuert ferner eine vermeidbare Belästigung des Handels, wenn Ausfuhrverbote eingeführt oder aufrecht erhalten werden müssen, sobald um die Erhebung einer Abgabe zu ermitteln. Die Ausfuhrabgabe muß daher eine gesetzliche Grundlage erhalten, die sie einheitlich regelt und auf die ausfuhrfreien Waren ausdehnt. So daß, wenn einmal die Voraussetzungen zur Erhebung einer beträchtlichen Abgabe gegeben sind, alle Waren erfasst werden können, die eine Belastung tragen. Der Tarif, nach dem die Ausfuhrabgabe erhoben und der nach § 4 frühestens bis zum 1. Juni 1922 als besonderer Gesetzentwurf vorgelegt werden soll, wird so gestaltet werden, daß er sich den Schwankungen der Devisenkurse und der Marktlage möglichst schnell anpassen läßt wie es nach der bisherigen Entwicklung der Ausfuhrabgabe notwendig erscheint. Bis zum Inkrafttreten des neuen Tarifes soll jedoch grundsätzlich der bisherige Tarif weiter gelten, falls nicht besondere Umstände eintreten, die eine Änderung notwendig machen.

In der Erörterung wurde die Berechtigung der Erhebung einer Ausfuhrabgabe in Zeiten der sinkenden Mark von allen Seiten anerkannt, während die Ansichten über die Ausfuhrkontrollen auseinandergingen. Gerade darum wurde der Gesetzentwurf, der beide Gebiete trennt, einstimmig angenommen, nachdem die Regierung gegenüber Bedenken in Einzelfragen der Durchführung des Gesetzes zugesichert hatte, daß der Reichswirtschaftsrat vor Erlass der Ausführungsbestimmungen gehört wird.

### Republikanische Rechtspflege

In Altona hatte der Redakteur eines bürgerlichen Blattes den Redakteur der rechtssozialistischen Zeitung verklagt. In der ersten Instanz war ein Freispruch erfolgt; in der zweiten Instanz machte der Vertreter des Klägers seine Ausführungen und dabei wollte er ein unabhängiges Gähnen auf den Werten eines der beständigen Richter bemerkt haben. Der Anwalt unterbrach seine Rede und bemerkte, daß er in Folge des Vorkommnisses feilsch zu erregt sei, um weiterzureden zu können. Der angegriffene Richter Landgerichtsrat Dr. Senf, bestritt das Gähnen und erklärte, daß er noch Herr seiner Werten sei. Nun aber erhob sich der Vorsitzende Landgerichtsrat Dr. Schmidt, mit der Erklärung, daß er die Auffassung des Rechtsanwalts teile und rügte in öffentlicher Sitzung das angebliche Gähnen des Weisigers! Die Klage erklärt sich dadurch, daß fast das gesamte Altonaer Richterkollegium stammt deutsch-national ist, während dem gerügten Richter linksgerichtete Neigungen nachgelagt werden.

Der zweite Vorgang geht auf den Göttinger Parteitag der U. S. V. D. zurück. Verschiedene Anarchistische Bürgerlicher Kreise waren mit geringen Geldstrafen bestraft worden, weil sie die vor dem Tagungsgebäude wohnende rote Fahne zerrissen hatten; dagegen sind zwei Angehörige der U. S. V. D., die am Parteitag der ehemaligen deutschen Kaiserin die von der Deutschen Volks-

partei in Dären gehölte schwarzweihrote Fahne zerrissen gerissen haben, vom Amtsgericht Dären mit je 3 Monaten Gefängnis bestraft worden. Der Amtsgerichtsrat Dr. Wenz in Schwarzenberg (Ebnenberge) fragt nun in einem Schreiben, das die „Göttinger Volkszeitung“ veröffentlicht, bei dem Amtsgericht in Götting an, ob wirklich dort so niedrige Strafen verhängt worden seien. Das Schwarzenberger Organ der U. S. V. D. habe nämlich die Unparteilichkeit der deutschen Richter in Frage gestellt, und das müsse doch richtiggestellt werden. Danach scheint der Schwarzenberger Richter die Unparteilichkeit der deutschen Richter nicht für so ganz feststehend zu erachten!

### Für das politische Asylrecht

#### Gegen die Auslieferung der spanischen Revolutionäre.

Eine von unserer Partei zum gestrigen Donnerstag einberufene öffentliche Protestversammlung im großen Saale der Brauer & Königsdi, nahm Stellung zu der geplanten Auslieferung der spanischen Cheppares Fort, des angeblich an dem politischen Attentat auf den spanischen Ministerpräsidenten Dato beteiligt sein soll.

Genosse Dr. Rosenfeld schilderte eingehend die Auslieferungspraxis im alten und neuen Deutschland und kam zu der Feststellung, daß sich auch in dieser Beziehung in Deutschland nichts geändert habe. Ein Asylrecht für Mächte Revolutionäre bestehe bis heute noch nicht in Deutschland. Der Referent befragte dann das mehr als sonderbare Vorgehen der spanischen Regierung, die nach und nach nicht weniger als 60 angebliche „Mörder“ des Ministerpräsidenten Dato in den verschiedensten Ländern habe festnehmen lassen und ihre Auslieferung gefordert habe.

Wäre das Ehepaar Fort an dem Attentat beteiligt, auch dann dürfte es, weil das Attentat auf Dato als politisches Verbrechen zu werten sei, dem Wortlaut des spanisch-deutschen Auslieferungsvertrages nach, nicht ausgeliefert werden. Die Auslieferung der Spanier wäre ein Schlag ins Gesicht des deutschen Proletariats. Als internationale Sozialisten haben wir Pflichten gegen unsere schwer leidenden Brüder in Spanien und diese hätten wir rücksichtslos zu erfüllen. Heraus mit den Spaniern aus dem Gefängnis, das sei die Forderung der deutschen Arbeiterschaft!

In der Diskussion sprach u. a. ein Jahre lang in Spanien gewesener Genosse, der in eindringlicher Weise die Leiden der spanischen Revolutionäre schilderte. In geradezu bestialischer Weise werden dort Revolutionäre und Gewerkschaftler gefoltert und zu Tode gequält. In den letzten sechs Monaten seien nicht weniger als 4000 Revolutionäre und Mitglieder der Gewerkschaften ermordet und in grauenvoller Weise zu Tode gemartert worden.

Genosse Maas forderte, daß das deutsche Proletariat unter allen Umständen für die Durchführung des Asylrechtes sich einzusetzen habe. Dem Reichstage seien sämtliche Auslieferungsgesetze zurückgegeben und diese so abzuändern, daß politische Verbrecher in Zukunft unbedingt Schutz in Deutschland genießen.

#### Folgende Entschliessung wurde einstimmig angenommen:

„Die vom Bezirksverband Berlin-Brandenburg der U. S. V. D. einberufene Versammlung protestiert auf das energischste gegen die Inhaftierung des spanischen Ehepaares Fort, das der spanischen Justiz ausgeliefert werden soll. Die Versammlung fordert nachdrücklich von der Regierung die Freilassung dieser spanischen Syndikalisten und unbedingte Anerkennung des Asylrechtes für politische Flüchtlinge. Von den Arbeiterparteien und Gewerkschaften erwartet die Versammlung, daß sie sich in geschlossener Front stehend für die ausländischen Revolutionäre stellen und mit aller Kraft für ihre Freilassung eintreten.“

Eine zweite von den Syndikalisten eingebrachte Entschliessung, die gleichfalls angenommen wurde, lautet:

„Die Versammlung protestiert gegen die geplante Auslieferung unserer spanischen Klassengenossen und fordert die sofortige Haftentlassung aller spanischen und deutschen politischen Gefangenen. Sie erklärt, alle Mittel, die der Arbeiterschaft zu Gebote stehen, anzuwenden, um die Befreiung der Gefangenen durchzusetzen.“

Konferenz der Ministerpräsidenten in Berlin. Von unterrichteter Seite wird mitgeteilt, daß der Reichsanwalt beabsichtige, noch im Januar eine Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder nach Berlin einzuberufen. Der genaue Termin der Zusammenkunft ließe sich noch nicht feststellen.

### Arbeiter-Büchertisch

erschint jeden zweiten Freitag

#### Pädagogische Internationale

Gleiche Kräfte bewegen die europäischen Menschen. Aber sie suchen auf sehr verschiedene Weise mit ihnen fertig zu werden. Und es ist äußerst wohlthätig, jenseits der Grenzen sich keine Kameraden und Kampfgenossen zu suchen, die weil sie den Dingen auf ihre Weise und von einer anderen Seite zu Leibe gehen — politisch, wirtschaftlich und in der Schule.

Zwei Büchlein liegen vor mir aus der französischen Schweiz, die der deutsch-schweizerische Rotapfel-Verlag in Erlenhof-Zürich hat übersehen lassen. Das eine von Henri Koorda heißt: Der Lehrer hat kein Gefühl für das Kind. Das andere von Ed. Claparède: Die Schule nach Maß. Wir danken dafür dem Verlag und dem Uebersetzer. Claparèdes Schrift ist ein Vortrag, die von Koorda ein systematisches Buch, aber freilich noch immer ganz unsystematisch. Es sind die Erfahrungen eines sehr klugen, freien und wahrhaftigen Menschen der nun glücklicherweise zu seinem Wohlwollen und seiner verständigen Einsicht die ganze Heiterkeit und Anmut seiner schönen romanischen Heimat besitzt. Es ist ein Vergnügen, dieses Buch zu lesen, was man von unseren besten pädagogischen Büchern nicht immer lesen kann. Und es ist ein Gewinn. Koorda sagt nichts Überwältigend und umstürzend Neues — es gibt keine wesentliche Wahrheit, die neu wäre — aber er legt Wesentliches auf eine sehr eindringliche und überzeugende Weise und er verbindet mit der Gründlichkeit, die die Dinge zu Ende deutet und ausspricht, die Besonnenheit des wahrhaften Revolutionärs, der die Veränderung und Besserung will und deshalb mit den gegebenen Verhältnissen und Menschen rechnet und Vorschläge macht, die sich morgen verwirklichen lassen. Da er Mathematikprofessor ist, nimmt er seine Beispiele vor allem aus der höheren Schule, und zwar aus der höheren Schule seiner Heimat, die ganz von der französischen Schule abhängt. Aber was er sagt, gilt für die Volksschule genau so gut. Und so kehrt er sich auf die Schule zu beschränken sucht, es spricht dennoch der Sozialist, der die Zusammenhänge zwischen Schule und Wirtschaft sieht und die Unmöglichkeit, eines ohne das andere umzugestalten.

Ich will nichts weiter von dem Manne und dem Buche sagen, weil ich wünsche, daß möglichst viele beide unmittelbar kennen lernen. Ich will also nichts vorwegnehmen. Wenn aber dies kleine Buch noch zu unangenehm und teuer ist, dem sei kein kleiner Bruder herzlich empfohlen. Claparède prägt ein gutes Schlagwort in seiner „Schule nach Maß“. Aus ist die Forderung, daß die Schulforderungen jedem Kinde „auf den Geist gemessen“ werden, geläufig. Im Ausmaß eines Vortrags bleibt der Ver-

faller natürlich etwas summarisch, und manche seiner Vorschläge, wie der der Begabtenklassen — den er freilich selbst nur halbherzig nimmt — erscheinen uns schon überholt. Aber auch dies Buch ist eine gute Orientierung über das, was jenseits der Berge vorgeht, ein Schritt zur pädagogischen Internationale.

Und zwei Dinge können wir von unseren französisch-schweizerischen Brüdern lernen, die Klarheit und Leichtigkeit der Rede, die wirklich zum Verstehen taugt, und die geistige Freiheit, die zum Erkennen und festgehaltenem Ziel mehr als einen Weg gelten läßt und den eigenen nicht höher wertet denn als Versuch, auf den man weder sich noch andere festlegt. Wieviel weiter könnten wir in Deutschland sein, wenn wir uns mit Ziel- und Richtungsangabe beknüpten und dann einander die vielen Wege, die dort hin führen, gegenseitig ebnen läßten!

Ich verkenne nicht die Lichtseite unserer Prinzipientreuer: die Glaubigkeit und nicht den Vorgesang unserer oft schwerfälligen und schwer verständlichen Sprache: Tiefe und Breite der Einsicht. Aber daß dieses Licht ohne jenen Schatten möglich ist, zeigt Koordas kleines Buch.

Kein Reformbuch, sondern eine Erwachungspredigt — und damit ein sehr deutliches Buch ist Heinrich Vogelers Schrift: „Die Arbeitsschule als Aufbaugeschichte der Klassenlosen menschlichen Gesellschaft“ (Verlag Konrad Hans, Hamburg 1921). Der Persönlichkeit Vogelers und ihrem Eindruck wird sich niemand entziehen. Aus dem Erlebnis unseres ungeheuren Zusammenbruchs hat er den Willen und den Glauben geschöpft zu einer neuen Kultur, die auf dem neuen Menschen sich aufbaut. Daher kein Versuch Vorkenns, daher diese Arbeitsschule, die aus der kommunistischen Forderung erwächst. Ich bin von Herzen dankbar für diesen Versuch. Ich liebe Vogelers Eingabe und Beharrlichkeit. Ich hätte und wünsche, daß von der nun aus reaktionären Gründen geschlossenen Schule Vorkenhof lebendige Menschen ihre Erfahrungen bringend in unsere Gesellschaft und unsere Schule trügen. Aber ich glaube nicht, daß dieser Weg der Weg der Wege ist. Um so mehr wünsche ich daß sich viele auch mit Vogelers und seinem Vorkenhof auseinandersetzen.

Und ich wünsche vielen die Freude deutsche und Schweizer Schulreformer nebeneinander zu sehen: sehr verschieden, und doch im Ziele und im Geiste verbunden.

Anna Siemsen

Verhandlungen der Sozialisierungskommission über die Reparationsfragen. I. Band. Verlag Hans Robert Engelmann, Berlin W. 15. Broschürt 68,85 M., gebunden 137,85 M.

Von den wissenschaftlichen Untersuchungen über die wirtschaftlichen Aufgaben Deutschlands, die sich aus den Reparationsverpflichtungen ergeben, ist die der Sozialisierungskommission zweifellos die wertvollste. In den Verhandlungen, die nach englischem Vorbild in der Form einer Enquete ge-

führt worden sind, haben sich die besten volkswirtschaftlichen Sachverständigen und Gelehrten Deutschlands beteiligt. Die Fragen der Finanzgestaltung Deutschlands, des deutschen Steuersystems sind ebenso beleuchtet worden, wie die der Rationalisierung der Industrie, der Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung und der Handels- und Zahlungsbilanz.

Es ist natürlich, daß in den Verhandlungen verschiedene Meinungen ausklangen. Aber gerade der gegenseitige Meinungsaustausch in dieser sachverständigen Körperschaft, die mit hohem Ernst und großer Sachlichkeit arbeitete, ist für den Ansehenden wertvoll. Das gilt besonders von den Beratungen über die Gefahr der Ueberforderung, über die Geldpolitik der Reichsbank, die Rationalisierung der Produktionsleistung in der Landwirtschaft. Ebenso sehr aber auch von den Erörterungen über die Steuerabwälzung und das System der Quellenbesteuerung.

Wer sich deshalb mit den Fragen der Reparationsverpflichtungen beschäftigt, kann ebenso wenig an dieser Schrift vorbeigehen, wie der Wirtschaftler, der sich in den schwierigen Fragen der deutschen Wirtschaft und Steuerpolitik ein Urteil bilden will.

P. H.

Martha Steinhilber: Die englischen Kriegsdienst-Verweigerer. Mit einem Anhang: Klassischer Pazifismus und Kriegsdienst-Verweigerung. Verlag Neues Vaterland, Berlin W. 22. Preis 4 Mark.

Die vorliegende Broschüre ist die erste deutsche Schrift, die über das Verhalten der englischen Kriegsdienst-Verweigerer während des Weltkrieges berichtet. Mit Verwunderung muß es uns Deutschen erfüllen, daß in England so viele Tausend Männer durch die furchtbaren Qualereien, mit denen die Militärbehörden den Willen der Kriegsdienst-Verweigerer zu brechen versuchten, und auch durch die Androhung der Todesstrafe nicht bezogen werden konnten, irgendwelche Kriegsdienste zu leisten. Nicht nur den Dienst mit der Waffe, sondern auch solche Arbeiten, die, wie z. B. die Krankenpflege in Lazaretten, die Arbeit in Munitionsfabriken usw., nur indirekt die kriegerischen Aktionen unterstützten, leisteten Tausende dieser Männer ab, auch wenn sie wußten, daß sie dadurch harte Strafen zu erwarten ja, ihr Leben in Gefahr brachten. Die Schrift von Martha Steinhilber berichtet eingehend über die grausame Behandlung, die zahlreiche Kriegsdienst-Verweigerer heldenmütig ertrugen. Nach den Statistiken der englischen antimilitaristischen Vereine, denen lange nicht alle beratteten Fälle bekannt wurden, starben 60 Kriegsdienst-Verweigerer an den Folgen der Mißhandlungen, die meisten von ihnen an Schwindsucht; 29 wurden wahnsinnig; und die meisten andern erlitten schwere und dauernde gesundheitliche, wirtschaftliche oder sonstige Schädigungen. Auch viele englische Frauen haben während des Weltkrieges mit großem Mut die antimilitaristische Bewegung gefördert. Die im Geheimen gedruckte und verbreitete Zeitschrift der Kriegsdienst-Verweigerer „The Tribunal“ wurde hauptsächlich von Frauen hergestellt. Einige wurden wegen ihrer politischen Agitation zu langen Gefängnisstrafen verurteilt. Durch ihre Strohhaftszeit im Ertragen kirchlicher Marietagen haben diese männlichen und weiblichen Kriegsdienst-Verweigerer ein Heldentum offenbart, wie es bisher nur selten bei einer so großen Gruppe von Menschen beobachtet worden ist.

Magnus Schwantje



